BLAUER RUNDBRIEF – KW 46/2026

AfD-Kreisverband Bautzen

Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen 4

Volksantrag gegen Windkraftausbau 4

Heimatverliebt? Dann machen Sie mit und werden Sie Mitglied der Alternative für Deutschland! 4

Nachrichten von und mit Karsten Hilse 5

14.400.000.000.000 (14,4 Billionen) Euro bis 2045 für 0,0004 Grad Celsius weniger Erwärmung 5

Der 09. November 5

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026 5

Neues von unseren Landtagsabgeordneten 6

Kinderhass statt Kinderlachen – was ist nur mit manchen Menschen in unserem Land los? 6

Regionalgruppe Bautzen 7

Aktion zur Mitgliedergewinnung 7

Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen 8

Druckausgabe Blaue Post Bautzen 9

Archiv Blauer Rundbrief 9

Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag 9

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag 9

Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.11.2026 10

Die Sonntagskolumne im Audio-Format 11

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.11.2026 12

AfD-Anfrage: Nur 37,6 Prozent der „Flüchtlinge“ sozialversicherungspflichtig beschäftigt / 56,4 % arbeitssuchend 12

Waffentransporte in Kriegsgebiete beenden! 12

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.11.2026 13

Recycling statt Endlagerung: 300 Jahre günstige Energie mit „Atommüll“! 13

AfD-Antrag: Qualifikationsnachweise ausländischer Gesundheitsberufe auf Fälschungen kontrollieren! 13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.11.2026 14
Ausreisepflichtig, kriminell und teuer: Warum sind die noch hier? 14
Nächste Steuererhöhung: CDU und SPD sind familien- und wirtschaftsfeindlich! 15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.11.2026 15
Raketen für die Ukraine aus Leipzig? Krieg beenden statt verlängern! 15
CDU-Basis muss Kretschmer zurückpfeifen! Nein zu Schulden und 300 Millionen Euro für Grüne und Linke! 16
Wir werden Sachsen regieren! 17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.11.2026 17
AfD-Antrag: Entlastung beim Agrardiesel nach polnischem Vorbild: Unterstützt unsere Bauern! 17
AfD wird Digitalen Medienstaatsvertrag verhindern: Meinungsfreiheit statt Vielfaltsquote! 18
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 18
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland 18
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 19
Positionspapier „So retten wir Deutschland“ 19
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken 19
Bundesfinanzhof erleichtert Kindergeldzahlungen ins Ausland 19
Klingbeil und Merz plündern Bürger in nie dagewesener Dreistigkeit 20
Ausländische Straftäter sofort remigrieren! 20
Merz braucht Dein Geld für die Ukraine 21
AfD-Antrag: Leihmutterschaft im In- und Ausland verbieten! 21
Steuersenkung statt Luxusmöbel für die CDU! 22
Kritik an Klimapolitik ist keine Desinformation! 23
60.000 Euro für eine Abschiebung! 23
Wir wollen Clans auf dem Weg nach Hause sehen! 24
AfD-Fraktion eröffnet neues TV-Studio 24
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt 25
Wegen Zusammenarbeit mit der Linken: CDU-Schatzmeister wirft hin 25
Immer mehr CDU-Abgeordnete gegen Brandmauer – jetzt auch Schulze 25
Linke beschließt Kandidatur von Eva von Angern 25
Merz erwartet von Aigner „Härte“, um einen AfD-Kanzler zu verhindern 25

„Die machen das immer noch?“ – Greta Thunberg lacht über deutsche Klima-Proteste 25
Video-Empfehlungen 25
Informationskanäle der AfD 25
Unabhängige Medien 26
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen 26
Radio Klartext 26
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft 26
NIUS – Die Stimme der Mehrheit 26
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung 26
Deutschland-Kurier 26
Apollo News 26
{ungeskriptet} by Ben 26
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen 26
Regionalgruppen im KV Bautzen 29
SPENDENKONTO 29
KONTAKT: 29

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Volksantrag gegen Windkraftausbau
#stoppmal



Mit **https://volksantrag.org/** zum sächsischen Windkraftmoratorium!

Wir als Kreisverband Bautzen unterstützen diesen Antrag und sammeln Unterschriften in unseren Bürgerbüros in Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz und Königsbrück!

Kommen Sie vorbei und helfen sie uns dabei, 40.000 Unterschriften zu sammeln!

BAUTZEN, Postplatz 1
HOYERSWERDA, Spremberger Str. 11
HOYERSWERDA, Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7
KAMENZ, Klosterstr. 4
KÖNIGSBRÜCK, Weißbacher Str. 23

Heimatverliebt?
Dann machen Sie mit und werden Sie Mitglied der Alternative für Deutschland!



https://www.afd.de/mitglied-werden/

Nachrichten von und mit Karsten Hilse



14.400.000.000.000 (14,4 Billionen) Euro bis 2045 für 0,0004 Grad Celsius weniger Erwärmung bis 2100 und auch nur dann, wenn man an den Betrug vom menschengemachten Klimawandel glaubt. Was für eine Idiotie!

Rede Karsten Hilse vom 6.11.2026:
https://www.facebook.com/reel/1002188435548827



Der 09. November ist nicht nur ein Tag der Freude, weil an diesem Tag die Mauer fiel. An diesem Tag gedenken wir auch der Opfer, die bei ihrer Flucht aus dem Unrechtsstaat DDR ums Leben kamen.

Karsten Hilse, MdB
9. November 2026

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Termine 2026:

Die Termine für 2026 sind restlos ausgebucht.

Für 2027 wird es nach derzeitigem Stand vorerst nur eine Fahrt im ersten Halbjahr geben. Den genauen Termin geben wir im Januar 2027 bekannt, danach nehmen wir gern Ihre Anmeldung entgegen.

Anmeldung:
Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:** karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

Neues von unseren Landtagsabgeordneten



Kinderhass statt Kinderlachen – was ist nur mit manchen Menschen in unserem Land los?
Nadeln, Nägel, Schrauben und andere Metallgegenstände in Süßigkeiten: Die Meldungen reißen nicht ab. Und es bleibt nicht bei den ersten Funden rund um Halloween. Auch Tage danach werden immer neue Fälle bekannt. Sogar Süßigkeiten, die im Supermarkt gekauft wurden, waren betroffen.

Unter anderem wurden solche Funde aus Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und weiteren Bundesländern gemeldet.

Wie tief muss ein Mensch sinken, um bewusst Kinder in Lebensgefahr zu bringen? Was geht in solchen Köpfen vor?

Früher gehörten Kinderlachen, Fußballspielen auf der Straße, Fahrradfahren und Toben draußen einfach zur Kindheit. Ja, auch damals gab es schon Menschen, die sich über spielende Kinder aufgeregt haben. Aber mein Gott, Kinder müssen doch Kinder sein dürfen! Das gehört zum Aufwachsen dazu!

Es scheint, als hätten manche Menschen völlig vergessen, dass sie selbst einmal Kinder waren. Was ist aus diesen Menschen geworden, dass sie nicht einmal mehr das Lachen und Spielen von Kindern ertragen?

Liebe Eltern, bitte seid wachsam! Kontrolliert auch gekaufte Süßigkeiten vor dem Verzehr genau. Achtet auf beschädigte Verpackungen, Einstichstellen oder ungewöhnlichen Veränderungen.

Wer absichtlich Nadeln oder Schrauben in Süßigkeiten versteckt, begeht keinen harmlosen Streich. Er bringt Menschen, insbesondere Kinder, in Lebensgefahr. Solche Taten müssen konsequent verfolgt und hart bestraft werden!

Doreen Schwietzer, MdL
9. November 2026

Quellen: MDR Sachsen, tagesschau, NDR, Deutschlandfunk und dpa (November 2026).

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung
Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.
Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	14.11.2026	10.oo-12.oo Uhr	Mehrzweckfläche am Lausitzcenter Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda
Do	19.11.2026	19.oo Ur	Gemeinschaftshaus Fischbach Wilschdorfer Str. 3 01477 Arnsdorf OT Fischbach	FRAKTION VOR ORT mit Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender und Umweltpolitischer Sprecher und Timo Schreyer, MdL und Arbeitsmarktpolitischer Sprecher
Do	26.11.2026	18.3o Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	REISEVORTRAG von Thomas Khirali "Mit dem Fahrrad 2026 von Dresden nach Moskau"
Mo	30.11.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	01.12.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	01.12.2026	19.oo Uhr	Sachsenkrone Ohorn Poststr. 1 01896 Ohorn	FRAKTION VOR ORT mit den MdB´s Karsten Hilse, Mathias Weiser und René Bochmann
Mi	02.12.2026	14.oo-17.oo Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Fr	04.12.2026	15.oo-18.oo Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	WEIHNACHTSKAFFEE-FRAUENTREFF mit Doreen Schwietzer, MdL
Sa	19.12.2026	10.oo-12.oo Uhr	Mehrzweckfläche am Lausitzcenter Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier: www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.
Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:
https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:
https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/

Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag
Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!
Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.11.2026



Liebe Freunde, liebe Leser,

nicht nur das Tanken und Heizöl sind in den letzten Monaten unbezahlbar geworden.

Der Gaspreis hat die Schwelle von 100 Euro je Megawattstunde überschritten. Die allermeisten Mieter sind davon direkt betroffen, merken den Preissprung aber erst zeitversetzt, wenn die Nebenkostenabrechnung eintrifft.

Zum Vergleich: Noch im Februar lag der Gaspreis bei 32 Euro. Er hat sich also im Laufe des Jahres verdreifacht.

Angesichts dieses „Energiepreis-Schocks“ (WELT) wäre es die Aufgabe der Regierung, mit allen Mitteln gegenzusteuern. Doch was machen CDU-Kanzler Friedrich Merz und sein SPD-Finanzminister Lars Klingbeil?

Sie streiten seit Wochen darüber, die Stromsteuer zu senken. Das brächte eine Entlastung von 100 Euro pro Jahr. Die Mieter in Deutschlands Wohnungen haben jedoch Mehrkosten im vierstelligen Bereich zu befürchten.

Statt Symptome zu bekämpfen, müssen wir deshalb an die wirklich großen Hebel heran. Ich sage deshalb: Wir brauchen günstiges Gas und Öl aus Russland – und zwar sofort! Der Handel mit Russland muss sofort wieder aufgenommen werden – und zwar ohne Einschränkungen!

Alles andere wäre selbstschädigend. Unsere Bürger und Unternehmen brauchen günstige Energie. Russland hat sich immer als zuverlässiger Partner im Energiebereich erwiesen. Die Zusammenarbeit mit Russland ist in unserem nationalen Interesse, während die korrupte Ukraine ein Fass ohne Boden ist.

Wenn ich „Ja“ zum Handel mit Russland sage, sage ich zugleich „Nein“ zu Waffenlieferungen und Wiederaufbauhilfen für die Ukraine, da das Versenken von Milliarden an deutschen Steuergeldern für ein fremdes, undemokratisches Land eben nicht in unserem Interesse liegt.

Bemerkenswerterweise wünschen sich inzwischen selbst die Amerikaner, dass Deutschland endlich wieder mit Russland zusammenarbeitet. In Europa sind die Gaspreise zehnmal so hoch wie in den USA.

Die US-Bürger haben nun die nachvollziehbare Angst vor einer Preiserhöhung. Denn für einen amerikanischen Gashändler macht es ökonomisch überhaupt keinen Sinn, amerikanische Haushalte zu versorgen, wenn man dieses Gas auch für ein Vielfaches des Preises an die – Verzeihen Sie die Wortwahl! – dummen Europäer verkaufen kann.

Die USA gehen sogar noch einen Schritt weiter: Sie bieten neuerdings an, als Zwischenhändler zwischen Russland und Deutschland aufzutreten.

Was steckt dahinter? Um selbst mehr Gas zu unschlagbaren Preisen zu haben, drosselten die USA ihre Lieferungen an Europa in den letzten Monaten.

Würden die USA nun aber neuer Gas-Zwischenhändler werden, damit Russland nicht direkt, sondern über organisatorische Umwege an Deutschland liefern kann, würde die US-Regierung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Die eigenen US-Bürger könnten sich über günstiges, einheimisches Gas freuen und trotzdem fließen weiter die Milliarden der Europäer für den Zwischenhandel.

Auch hier frage ich mich wieder und verzeihen Sie erneut die Wortwahl: Wie dumm ist eigentlich die deutsche Regierung?

Wir könnten sofort (!!!) russisches Gas und andere Energielieferungen erhalten und wir brauchen dazu keinen Zwischenhändler, der mitverdienen will.

Die USA haben angekündigt, die Nord-Stream-Pipeline zum Gegenstand der Gespräche über einen Waffenstillstand in der Ukraine zu machen.

Diese Pipeline, die laut den Ermittlungsergebnissen von der Ukraine mit einem Terrorakt schwer beschäftigt wurde, muss repariert werden! Das hat die AfD von Anfang an als einzige Partei gefordert.

Darüber hinaus gibt es weitere Pipelines, die genutzt werden können. Würde Deutschland das sofort machen, wäre der Gaspreis ganz schnell bei 20 Euro.

Ich weiß ehrlich gesagt nicht, worauf Friedrich Merz wartet. Würde er deutsche Interessen vertreten und nicht die Interessen von BlackRock, wäre die warme Wohnung ganz schnell wieder bezahlbar!

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban
https://afd-fraktion-sachsen.de/oel-und-gas-aus-russland-ab-sofort/

Die Sonntagskolumne im Audio-Format
Nur auf Telegram: https://t.me/joergurbansachsen

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.11.2026

AfD-Anfrage: Nur 37,6 Prozent der „Flüchtlinge“ sozialversicherungspflichtig beschäftigt / 56,4 % arbeitssuchend

Der AfD-Abgeordnete Hans-Jürgen Zickler hat bei SPD-Wirtschaftsminister Dirk Panter den Stand der Integration von „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ abgefragt (Drs. 8/8491).



Das Ergebnis: 25.635 Personen (37,6 %) sind in Sachsen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 4.093 Personen sind ausschließlich geringfügig beschäftigt. Arbeitssuchend sind 38.479 Personen (56,4 Prozent).

Von den erwerbstätigen „Flüchtlingen“ erhalten 7.301 Personen „ergänzenden Sozialleistungsbezug“. Das heißt: Unterm Strich können lediglich 22.427 von 68.207 Personen von ihrer Arbeit leben. Das entspricht einem Drittel.

Dazu erklärt Hans-Jürgen Zickler:

„Vor zwölf Jahren hat die Massenmigration nach Sachsen von Syrern, Afghanen und später Ukrainern Fahrt aufgenommen. Es ist anzunehmen, dass die ersten dieser Flüchtlinge bereits eingebürgert worden sind.

Trotzdem verläuft die Integration in den Arbeitsmarkt äußerst schleppend. Es hat zu zwei Dritteln eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme gegeben. Das verursacht Jahr für Jahr Kosten für den deutschen Steuerzahler in Milliardenhöhe.

Der Regierung ist es nicht gelungen, diese Einwanderung in unsere Sozialsysteme auf ein ertragbares Maß einzudämmen. Die Regierung hätte dazu von Anfang an den Grundsatz vermitteln müssen, dass nur diejenigen langfristig in Deutschland bleiben können, die sich schnell eine Arbeit suchen.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-nur-376-prozent-der-fluechtlinge-sozialversicherungspflichtig-beschaeftigt-564-arbeitssuchend/

Waffentransporte in Kriegsgebiete beenden!



Heimlich, still und leise wurde der zivile Flughafen Leipzig/Halle seit 2022 zum Drehkreuz für den Transport von Waffen in Kriegsgebiete umgewandelt. Nur an eins wurde dabei nicht gedacht: an die Sicherheit! Wie lässt sich verhindern, dass der Flughafen selbst zum Angriffsziel wird?

Die sächsische AfD-Fraktion sieht in der Neuausrichtung des Flughafens ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko und hat deshalb im Landtag ein Ende der Waffentransporte in Kriegsgebiete beantragt (Drs. 8/8871).

Der verkehrspolitische Sprecher Tobias Keller sagte dazu der „Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung“: „Wir haben kein Problem von

militärischen Transporten innerhalb Deutschlands. Womit wir ein Problem haben, sind Waffenlieferungen von Leipzig aus, die in Kriegsgebiete im Ausland gehen. Der Flughafen liegt zu nah an der Großstadt. Außerdem wurde der Frachtflughafen für zivile Zwecke ausgelegt."

Der AfD-Abgeordnete Jörg Dornau ergänzt: „Nicht nur in der Bevölkerung gibt es eine klare Mehrheit gegen Waffentransporte in Kriegsgebiete. Würden sich Grüne und Linke an das halten, was sie früher einmal in ihre Parteiprogramme geschrieben haben, dann hätten wir im Landtag eine klare Mehrheit für einen Friedenskurs.

Unabhängig davon, ob Linke und Grüne ihre Versprechen brechen, wovon leider auszugehen ist, werden wir für diesen Friedenskurs werben, weil er richtig ist."
https://afd-fraktion-sachsen.de/waffentransporte-in-kriegsgebiete-beenden/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.11.2026

Recycling statt Endlagerung: 300 Jahre günstige Energie mit „Atommüll"!

Die TU Dresden veröffentlichte aktuell bahnbrechende Forschungsergebnisse: Aus altem angeblichen „Atommüll" lässt sich laut Studie jede Menge CO2-arme Energie herstellen. Die in Deutschland vorhandenen abgebrannten Brennstäbe reichen, um Deutschland 300 Jahre lang mit preiswerter Energie zu versorgen.



Nebenher wäre damit auch das Problem Endlager gelöst. Denn wertvolle Rohstoffe für die Energiegewinnung braucht man nicht bis zu eine Million Jahre tief in der Erde zu vergraben. Die TU Dresden will nun ihre Studienergebnisse in einem Experimental-Recyclingreaktor nachweisen. Dieser Flüssigsalzreaktor wird wahrscheinlich am Forschungszentrum Rossendorf aufgebaut.

Die AfD-Fraktion hat schon lange auf diese laufende Forschung verwiesen. Es ist keine Lösung für ein Industrieland, moderne Kernkraftwerke zu sprengen und auf teuren, wetterabhängigen Strom aus Sonne und Wind zu setzen. Wenn wir nicht die letzten Industriebetriebe aus Deutschland vertreiben wollen, benötigen wir preiswerten Strom aus Kernkraft und nuklearen Reststoffen, die von linker Seite als „Atommüll" verunglimpft werden.
https://afd-fraktion-sachsen.de/recycling-statt-endlagerung-300-jahre-guenstige-energie-mit-atommuell/

AfD-Antrag: Qualifikationsnachweise ausländischer Gesundheitsberufe auf Fälschungen kontrollieren!

Ausländische Arbeitskräfte in Pflege- und Gesundheitsberufen sollen auf gefälschte Qualifikationsnachweise überprüft werden. Das beantragt die AfD-Fraktion (Drs. 8/8931).

Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin, Katja Dietz:

„Aktuell werden die vorgelegten Zeugnisse von Syrern, Afghanen und anderen Migranten praktisch einfach durchgewunken. Ich finde es nicht seriös, dass die aktuelle Überprüfung nur über eine Internet-Recherche erfolgt. Diese laxe Praxis lädt regelrecht zum Missbrauch durch Fälschungen ein.



Wir sind es unseren Bürgern und Beitragszahlern schuldig, dass sie Vertrauen in ausländisches Gesundheitspersonal haben können. Unsere Anfrage (Drs. 8/7746) deckte bereits auf, dass 57 Prozent der ausländischen Ärzte durch die Sprachprüfung fallen.

Wenn man schon der Meinung ist, dass man ausländische Beschäftigte benötigt, dann sollte man zumindest garantieren, dass dieses Personal die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, um in Deutschland tätig werden zu können. Die Regierung ist in der Verantwortung, dies im Rahmen der Daseinsvorsorge gewährleisten.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-qualifikationsnachweise-auslaendischer-gesundheitsberufe-auf-faelschungen-kontrollieren/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.11.2026

Ausreisepflichtig, kriminell und teuer: Warum sind die noch hier?

Im September versuchte ein Afghane in Dresden einer Frau die Handtasche zu stehlen und bespuckte später eine Polizistin, nachdem er sie zuvor getreten hatte. Der AfD-Abgeordnete Hans-Jürgen Zickler hat mit einer Anfrage an die Regierung nun herausgefunden, dass der Afghane seit 2021 in Deutschland lebt und ausreisepflichtig ist (Drs. 8/8493).



Darüber hinaus wollte Zickler von der Regierung wissen, wie hoch die Kosten für solcherlei abgelehnte Asylbewerber sind (8/8490). CDU-Innenminister Armin Schuster verweigerte aber die genaue Beantwortung, da dies angeblich einen Arbeitsaufwand von 9.395 Stunden verursache.

Was Schuster lediglich preisgab, sind die Unterbringungskosten für alle Asylbewerber. Sie betrugen 2025 über 510 Millionen Euro. Ausgehend davon lassen sich die Kosten für abgelehnte Asylbewerber näherungsweise ermitteln.

Laut dem Statistischen Bundesamt gibt es in Sachsen aktuell 16.755 Asylverfahren mit offenem Ausgang. Als „abgelehnt“ werden 10.310 Asylbewerber in dieser Statistik geführt. Die Regierung Kretschmer liefert noch eine andere Zahl: 14.422 Ausländer werden aktuell als ausreisepflichtig geführt (8/7779).

Daraus lässt sich schließen, dass mindestens fast die Hälfte der unterzubringenden Asylbewerber abgelehnt oder sogar bereits vollziehbar ausreisepflichtig sein muss. Die Kosten für diese Gruppe liegen bei mehreren hundert Millionen allein für den Freistaat Sachsen. Vielleicht sind es 240

Millionen Euro, vielleicht aber auch 300 Millionen Euro? Obendrauf kommen die Betreuungskosten für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge und „Krankenkosten“, die Schuster noch nicht einmal berücksichtigt hatte.

Wir erwarten von der Regierung weiter, dass sie die Kosten für abgelehnte und ausreisepflichtige Ausländer ganz genau ausrechnet. Denn diese Kosten ließen sich sofort vermeiden, wenn der CDU-Innenminister Armin Schuster endlich damit anfangen würde, im großen Stil abzuschieben, wie das einst SPD-Kanzler Olaf Scholz vollmundig angekündigt hatte.
https://afd-fraktion-sachsen.de/ausreisepflichtig-kriminell-und-teuer-warum-sind-die-noch-hier/

Nächste Steuererhöhung: CDU und SPD sind familien- und wirtschaftsfeindlich!
Die Bundesregierung will die Lohnsteuer reformieren. Die Steuerklassen V und III sollen wegfallen. Millionen Ehepaare hätten dadurch weniger Netto, titelt die „Welt“.



Das Finanzministerium erhofft sich von der Reform „Mehreinnahmen im mittleren einstelligen Milliardenbereich“. Während Arbeitnehmer also mehr Steuern zahlen sollen, sind 2027 für die parteinahen Stiftungen 185 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Insgesamt dürften sie 793,9 Millionen Euro erhalten.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Union und SPD hatten im Koalitionsvertrag versprochen, keine einzige Steuererhöhung vorzunehmen. Mittlerweile kommt man gar nicht mehr hinterher, die wievielte Steuererhöhung gerade vorbereitet wird.

Ich finde es unfassbar, dass die wortbrüchige Regierung ein weiteres Mal bei fleißigen Arbeitnehmern und Familien abkassieren will. Die notorischen Lügner CDU und SPD planen also die nächste Steuererhöhung. Eine solche Politik ist familien- und wirtschaftsfeindlich.

Unsere Bürger müssen wieder mehr Netto im Portemonnaie haben. Statt das Ehegatten-Splitting abzuschaffen, fordert die AfD die Einführung eines Familiensplittings, so dass Familien mit Kindern deutlich weniger Steuern bezahlen müssen.“

Hintergrund: Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat vorgerechnet, dass die Abschaffung des Ehegattensplittings dem Finanzministerium jährliche Mehreinnahmen zwischen 20 und 25 Milliarden Euro verschafft.
https://afd-fraktion-sachsen.de/naechste-steuererhoehung-cdu-und-spd-sind-familien-und-wirtschaftsfeindlich/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.11.2026

Raketen für die Ukraine aus Leipzig? Krieg beenden statt verlängern!
„Das Rüstungsunternehmen Falk Defence hat am Mittwoch seine Ansiedlung in Leipzig offiziell bekannt gegeben“, schreibt die „Sächsische Zeitung“.



Dazu erklärt der AfD-Abgeordnete Alexander Wiesner:

„Ich habe die große Hoffnung, dass die Verhandlungen über ein Kriegsende in der Ukraine endlich Fahrt aufnehmen. Die USA, Russland, die Ukraine und Europa müssen diesen fürchterlichen Krieg so schnell wie möglich beenden und auf diplomatischem Wege an einer langfristigen Friedensordnung arbeiten.

Was macht Deutschland stattdessen? Gefühlt jede Woche wird über die Ansiedlung eines neuen Rüstungsunternehmens gesprochen, das nicht etwa die Landesverteidigung stärken soll, sondern Raketen für die Ukraine produzieren soll.

Weder Leipzig noch Sachsen ist mit einem solchen Kriegskurs geholfen. Rüstung ist kein Wachstumsfeld, wie die Altparteien behaupten. Rüstung wird mit Schulden und mit Steuergeldern finanziert.

Die AfD steht der Ansiedlung neuer Unternehmen immer offen gegenüber – aber nicht zulasten des inneren und äußeren Friedens!“
https://afd-fraktion-sachsen.de/raketen-fuer-die-ukraine-aus-leipzig-krieg-beenden-statt-verlaengern/

CDU-Basis muss Kretschmer zurückpfeifen! Nein zu Schulden und 300 Millionen Euro für Grüne und Linke!

Am 14. November 2026 findet der nächste Parteitag der sächsischen CDU statt.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:



„Genauso wie Friedrich Merz alle Deutschen belogen hat, hat auch CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer die sächsischen Bürger belogen. Erst hieß es von Merz und Kretschmer: Wir machen keine neuen Schulden.

Jetzt auf einmal sind beide zu immer neuen Schulden bereit. Erschwerend kommt bei Ministerpräsident Michael Kretschmer hinzu, dass er damit die Wunschliste von Grünen und Linken bedient. Herr Kretschmer will beiden Linksaußen-Parteien Geschenke über 300 Millionen Euro zukommen lassen, um den eigenen Machterhalt zu sichern.

Ich rufe die CDU-Basis dazu auf, die Parteispitze in beiden Fragen auf dem anstehenden Parteitag zurückzupfeifen. Wenn die CDU-Basis mit großer Mehrheit sagen würde, dass sie weder die Schulden noch die Geschenke an Rot-Grün mitträgt, dann muss der Ministerpräsident einlenken.

Zugegeben: Meine Hoffnung auf eine solche Kurskorrektur ist nicht groß, da es in der CDU nur noch wenige verbliebene Konservative gibt. Sollten diese Konservativen an diesem Wochenende wieder den Kürzeren ziehen, müssen sie sich überlegen, ob sie in der CDU noch richtig aufgehoben sind.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-basis-muss-kretschmer-zurueckpfeifen-nein-zu-schulden-und-300-millionen-euro-fuer-gruene-und-linke/

Wir werden Sachsen regieren!
Die CDU verliert bundesweit an Zustimmung, und das zurecht.



Immer mehr Menschen verstehen, dass die Partei außer Durchhalteparolen nichts mehr zu bieten hat. Der Kanzler überschüttet die korrupte Ukraine mit dem knappen Steuergeld der Deutschen, und die CDU-Ministerpräsidenten treiben die Weltklimarettung mittels Deindustrialisierung Deutschlands voran.

Unsere AfD wird zurecht als die politische Kraft wahrgenommen, die Deutschland wieder auf einen erfolgreichen Weg führen kann, mit einer vernunftgeleiteten Energiepolitik, mit friedlicher Außenpolitik, mit Remigration, mit Politik für unsere Bürger.

Über kurz oder lang wird unsere patriotische zukunftsgewandte AfD in Bund und Ländern regieren.

In Sachsen streben wir eine parlamentarische Mehrheit von 50%plus an.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=17127495868888861&set=a.835631434600685

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.11.2026

AfD-Antrag: Entlastung beim Agrardiesel nach polnischem Vorbild: Unterstützt unsere Bauern!
Landwirtschaftliche Unternehmen in Sachsen haben einen durchschnittlichen Kraftstoffbedarf von rund 25.000 Litern Diesel pro Jahr. Das heißt: Die hohen Preise für Diesel und Benzin treffen vor allem die sächsischen Bauern.



Um die Zusatzbelastung einzudämmen, gewährt Polen eine Steuerentlastung für Agrardiesel von 46 Cent pro Liter. In Deutschland sind es lediglich 21,48 Cent.

Die AfD-Fraktion hat deshalb den Antrag (Drs. 8/8960) gestellt, die sächsischen Bauern im gleichen Umfang wie die polnischen Bauern zu entlasten.

Dazu erklärt der agrarpolitische Sprecher, Jörg Dornau:

„Unsere sächsischen Bauern sind etlichen ungerechten Zusatzbelastungen im Vergleich zu anderen Staaten ausgesetzt. Man kann vielleicht eine Zusatzbelastung wie z.B. höhere Lohnkosten ertragen. Wenn ein Betrieb aber einen höheren Mindestlohn zahlen muss und dann auch noch über die CO2-Abgabe und eine Schlechterstellung beim Agrardiesel abgezockt wird, dann können unsere Bauern international im Wettbewerb nicht mehr bestehen.

Das gilt es so schnell wie möglich zu ändern. Wir schlagen deshalb vor, dem polnischen Vorbild zu folgen. Die Entlastung beim Agrardiesel muss deutlich steigen. Zudem gehört die schädliche CO2-Abgabe nicht nur für unsere Bauern, sondern überall abgeschafft.“

https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-entlastung-beim-agrardiesel-nach-polnischem-vorbild-unterstuetzt-unsere-bauern/

AfD wird Digitalen Medienstaatsvertrag verhindern: Meinungsfreiheit statt Vielfaltsquote!
Der Medienausschuss des Landes Sachsen-Anhalt hat den Digitalen Medienstaatsvertrag abgelehnt. AfD und BSW stellen sich dagegen.



Auch in Sachsen hat die AfD-Fraktion eine Zurückweisung beantragt (Drs. 8/8728).

Dazu erklärt der medienpolitische Sprecher, Torsten Gahler:

„Durch die neuen Mehrheitsverhältnisse in Sachsen-Anhalt wird es der AfD gelingen, ein neues Medienzeitalter einzuläuten.

Wir werden es schaffen, die anlasslose Massenüberwachung von Bürgern und Medien zu verhindern. Ebenso bin ich sehr optimistisch, dass es der ARD nicht gelingen wird, eine sogenannte Vielfaltsquote durchzusetzen.

Die AfD wird diese Pläne in den Landtagen aufhalten. Dann gilt endlich wieder: Meinungsfreiheit statt Vielfaltsquote.

Selbstverständlich stehen wir noch vor einem langen Weg, denn der Reformbedarf bei den Öffentlich-Rechtlichen ist riesig.“
https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-wird-digitalen-medienstaatsvertrag-verhindern-meinungsfreiheit-statt-vielfaltsquote/

Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
https://www.afd.de/presse/

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:
https://afdbundestag.de/presse/

Positionspapier „So retten wir Deutschland“
Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen.
Link: https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Bundesfinanzhof erleichtert Kindergeldzahlungen ins Ausland
Staatliche Sozialleistungen dürfen niemals als Türöffner für immer neue Ansprüche auf Kosten der Steuerzahler dienen. Der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, René Springer, kritisiert die jüngste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs scharf, die den Kindergeldanspruch wirtschaftlich nicht aktiver EU-Bürger erleichtert. Nach den Urteilen dürfen staatliche Zahlungen wie Elterngeld oder Unterhaltsvorschuss künftig als eigene Existenzmittel angerechnet werden, um den Anspruch auf weitere steuerfinanzierte Leistungen zu begründen.

Diese Praxis belastet gezielt diejenigen, die jeden Tag arbeiten und mit ihren Abgaben den Sozialstaat finanzieren. Wer nach Deutschland kommt, muss seinen Lebensunterhalt grundsätzlich aus eigener Kraft bestreiten. Minijobs oder der reine Bezug von Ersatzleistungen dürfen keinen dauerhaften Zugang zu den deutschen Sicherungssystemen eröffnen, da der Sozialstaat sonst vollends fehlkonstruiert wird.

Mit der AfD in der Regierung beenden wir den automatischen Anspruch wirtschaftlich nicht aktiver EU-Bürger auf steuerfinanzierte Sozialleistungen. Wir knüpfen den Zugang zu Kindergeld und anderen Zahlungen konsequent an eine tatsächliche, existenzsichernde Erwerbstätigkeit sowie nachweisbare Beitragszeiten.
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1659178708911104&set=a.797289411766709

Klingbeil und Merz plündern Bürger in nie dagewesener Dreistigkeit



„Merz und seine Umfaller-Riege haben eine weitere katastrophale Niederlage kassiert. Klingbeil und die SPD haben die Union wie Anfänger mit einem simplen Trick über den Tisch gezogen: Schnell ein paar neue oder zu erhöhende Bagatellsteuern ins Spiel bringen, um sie nach der erwartbaren Empörung wieder teils zu verschieben, teils vorerst abzusagen, und die Union muss im Gegenzug ihr letztes großes Versprechen brechen, die Stromsteuer zu senken. Der von der Verfassung gebotene Ausgleich für die kalte Progression ist dabei gleich mit auf der Strecke geblieben.

Bürger und Unternehmer zahlen die Zeche dafür, dass die Klingbeil-Merz-Regierung sich nicht einmal auf die dringendsten Entlastungen einigen kann. Das Volumen der ins Auge gefassten Stromsteuersenkung von 5,4 Milliarden Euro hätte nicht einmal die Hälfte der jährlichen Direkthilfen für die Ukraine ausgemacht. Schwarz-Rot sitzt auf Rekord-Staatseinnahmen, türmt die höchsten Schuldenberge in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf und kommt trotzdem mit dem Geld nicht aus. Klingbeil und Merz plündern die Bürger in nie dagewesener Dreistigkeit aus, ersticken die Wirtschaft mit Bürokratie und Abgabenlasten und steuern Deutschland auf direktem Weg in Schuldenkrise und Staatspleite. Diese Regierung ist ein Verhängnis für unser Land."
Alice Weidel zum Haushaltskompromiss von SPD und Union.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1696008918554965&set=a.818190173003515



Ausländische Straftäter sofort remigrieren!

Stuttgart verzeichnet bei den Vergewaltigungen im öffentlichen Raum einen Anstieg um 50 Prozent. Mehr als die Hälfte aller Tatverdächtigen bei Sexualstraftaten im Jahr 2025 besaß keinen deutschen Pass. Besonders erschütternd ist die Zunahme der Delikte an Kindern unter 13 Jahren um ganze 60 Prozent. Diese Zahlen des baden-württembergischen Innenministeriums gehen auf eine Anfrage der AfD-Abgeordneten Chris Hegel und Christian Köhler zurück.

Die Daten belegen das anhaltende Versagen in der Asyl- und Sicherheitspolitik. Frauen & Kinder zahlen den Preis für eine verfehlte Zuwanderungspolitik, die Sicherheitsrisiken ignoriert. Wenn der Schutz im öffentlichen Raum schwindet, verlieren die Bürger Stück für Stück ihre Freiheit. Innenminister Dobrindt (CSU) und die Verantwortlichen sehen diesem Kontrollverlust tatenlos zu, anstatt die Abschiebung krimineller Ausländer durchzusetzen.

Damit muss Schluss sein. Eine AfD-geführte Regierung schafft die gesetzlichen Voraussetzungen für die sofortige Remigration aller ausländischen Straftäter. Wir beenden falsche Duldungen, setzen eine umfassende Rückführungsoffensive um und sichern unsere Grenzen ab. Dafür sorgt die AfD, damit der Schutz der eigenen Bevölkerung wieder an erster Stelle steht.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1658433872318921&set=a.797289411766709

Merz braucht Dein Geld für die Ukraine



Kanzler Friedrich Merz (CDU) verweigert den deutschen Bürgern die zugesagte Senkung der Stromsteuer. Während die Fraktionen von CDU und SPD über den Bundeshaushalt verhandelten, blieb die Entlastung bei den Energiekosten auf der Strecke. Gleichzeitig fließen zusätzliche 200 Millionen Euro an Steuergeldern in die Ukraine. Die Bundesregierung lässt die eigenen Beitragszahler, die unter den hohen Preisen leiden, damit komplett im Regen stehen.

Für Millionen Bürger bedeutet diese Entscheidung eine anhaltende Belastung im Alltag. Anstatt die heimische Bevölkerung spürbar zu entlasten, setzt Ukraine-Kanzler Merz (CDU) auch weiterhin seine ganz eigenen Prioritäten. Das hart erarbeitete Geld der Steuerzahler wird im Ausland verteilt, während die Menschen im eigenen Land die hohen Kosten für Strom kaum noch tragen können. Diese Ausgabenpolitik geht direkt auf Kosten unseres Wohlstands.

Mit der AfD in der Regierung beenden wir diese Ausgabenpolitik und stellen die eigenen Bürger an die erste Stelle. Wir senken die Steuern auf Energie umgehend auf das Minimum, um Arbeitnehmer und Familien wirksam zu entlasten. Deutsche Steuergelder gehören dorthin, wo sie erarbeitet wurden. Dafür sorgt die AfD, sobald sie Verantwortung trägt: bezahlbare Strompreise und ein verlässlicher Haushalt im Sinne unserer eigenen Bevölkerung.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1658167805678861&set=a.797289411766709



AfD-Antrag: Leihmutterschaft im In- und Ausland verbieten!

Wir haben die Einbringung eines Gesetzentwurfs zum Verbot der Inanspruchnahme von Leihmutterschaft im In- und Ausland beschlossen. Leihmutterschaft ist in Deutschland bereits heute verboten. Strafbar sind bisher aber nur Ärzte und Vermittler – die Wunscheltern bleiben straflos und können das Verbot im Ausland umgehen. Der Entwurf stellt künftig die Bestelleltern unter Strafe, auch wenn die Leihmutterschaft im Ausland stattfindet, und verbietet in Deutschland auch die Werbung dafür. Dazu erklären die AfD-Bundestagsabgeordneten Torben Braga, Tobias Ebenberger und Martina Kempf, die den Entwurf maßgeblich erarbeitet haben:

Torben Braga:
„Wer zwischen einigen zehntausend und 200.000 Euro aufbringen kann, umgeht das Verbot heute mit einer Reise nach Kalifornien oder Georgien. Ein solches Verbot, das nur für Menschen ohne das notwendige Geld gilt, verdient seinen Namen nicht. Wir nehmen den neuen Tatbestand deshalb in § 5 StGB auf, sodass es auf das Recht am Tatort nicht mehr ankommt. Beim Organhandel gilt das seit Jahren, und Italien hat 2024 denselben Weg gewählt. Das Kind bleibt davon unberührt, seine rechtliche Zuordnung richtet sich weiter nach dem Kindeswohl.“

Tobias Ebenberger:
„Auf sogenannten Kinderwunschmessen werben ausländische Agenturen auch in Deutschland offen mit ihren Schritt-für-Schritt-Angeboten zu im Ausland legalen Leihmutterschaften. Das

bisherige Anzeigenverbot greift dort nur lückenhaft und bleibt folgenlos. Künftig steht jede gewerbsmäßige Werbung für Leihmutterschaft unter Strafe – auch dann, wenn diese im Ausland durchgeführt werden soll. Damit ist jegliche Werbung für Leihmutterschaft in Deutschland, auch auf Kinderwunschmessen, untersagt."

Martina Kempf MdB:
„Jedes Kind ist von Gott gewollt und besitzt vom ersten Augenblick an eine unverfügbare Würde. Die Leihmutterschaft macht es zum Gegenstand eines Vertrages mit Preis und Abnahme und zerreißt planmäßig die Bindung, die in neun Monaten zwischen Mutter und Kind gewachsen ist. Wer das christliche Menschenbild ernst nimmt, darf weder den Körper der Frau noch das Kind zur Ware machen lassen. Gerade die Union, die das C im Namen trägt, lade ich ein, unserem Entwurf zuzustimmen."
https://www.facebook.com/photo/?fbid=1694632735359250&set=a.818190173003515

Steuersenkung statt Luxusmöbel für die CDU!



Während den Bürgern ständig neue Einsparungen aufgebürdet werden, greift die Bundesregierung bei der eigenen Büroausstattung ungehemmt zu. Seit Mai 2025 gaben die Bundesministerien der schwarz-roten Koalition unter Kanzler Merz (CDU) rund 5,8 Millionen Euro für neue Möbel, Teppiche und Dekoration aus. Das geht aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage unserer AfD-Bundestagsfraktion hervor. Allein das Auswärtige Amt unter Wadephul (CDU) investierte über 840.000 Euro in die Einrichtung, dicht gefolgt vom Verteidigungsministerium unter Pistorius (SPD).

Während Familien und Betriebsinhaber jeden Cent umdrehen müssen, richtet sich die Ministerriege auf Steuerzahlerkosten behaglich ein. Diese Praxis zeigt deutlich, wie weit sich die Regierungszentrale von der Lebensrealität im Land entfernt hat. Wer den Bürgern Spardisziplin predigt, darf das hart erarbeitete Steuergeld nicht für Kunstwerke, Skulpturen und Luxusmöbel verschwenden.

Sobald wir als AfD Regierungsverantwortung übernehmen, beenden wir diesen verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Mitteln konsequent. Statt Millionen im eigenen Regierungsapparat zu versenken, setzen wir den Rotstift bei den Ministerien an und entlasten die Bürger spürbar. Deutschland braucht keine neuen Edelmöbel in den Büros, sondern politische Führung, die sich um die echten Probleme der Menschen kümmert.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1657218579107117&set=a.797289411766709



Kritik an Klimapolitik ist keine Desinformation!

Wer die fragwürdige Klimapolitik der Altparteien kritisiert, soll nach dem Willen der CDU künftig an einem öffentlichen Pranger landen. Fünf CDU-Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg um den ehemaligen Verbraucherschutzminister Peter Hauk wollen von der Landesregierung prüfen lassen, ob ein Register für vermeintliche Desinformanten umsetzbar ist. Grundlage dafür bildet eine Empfehlung der Verbraucherkommission des Landes. Brisant daran ist, dass als Falschinformation bereits die Aussage gelten soll, staatliche Klimaschutzmaßnahmen seien unwirksam oder schädlich.

Damit bereitet die CDU eine gezielte Einschränkung der freien Debatte vor, indem sie politische Kritik an wirkungslosen Abgaben und Steuern kurzerhand zur Falschinformation erklärt. Statt sich sachlichen Argumenten zu stellen, greift die Union zu Mitteln der Stigmatisierung und Ausgrenzung andersdenkender Bürger. Gleichzeitig empfiehlt die Kommission Zensurmaßnahmen für soziale Netzwerke und den Einsatz künstlicher Intelligenz, um unbequeme Meinungen aus dem öffentlichen Raum zu drängen.

Eine AfD-Regierung wird den Aufbau staatlicher Pranger und Zensurstrukturen umgehend stoppen, um die freie Meinungsäußerung konsequent zu schützen. Für uns steht fest, dass weder neue Abgaben noch zusätzliche Steuern den natürlichen - und keineswegs "menschgemachten" - Klimawandel beeinflussen können.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1656103825885259&set=a.797289411766709

60.000 Euro für eine Abschiebung!



Ein komplett gechartertes Passagierflugzeug für einen einzigen Asylbewerber: Das zuständige Flüchtlingsministerium in Nordrhein-Westfalen nutzte Ende September eine Boeing 737 mit 189 freien Sitzplätzen, um lediglich einen Mann nach Sofia auszufliegen. Die geschätzten Kosten für die Steuerzahler belaufen sich auf weit mehr als 60.000 Euro. Ursprünglich sollten zwar weitere Ausreisepflichtige an Bord sein, doch deren Überstellungen fielen im Vorfeld kurzfristig aus.

Der Vorfall macht das organisatorische Versagen der behördlichen Abschiebeverfahren deutlich. Während allein in Nordrhein-Westfalen etwa 56.000 Ausreisepflichtige unbehelligt im Land verbleiben, scheitern selbst die wenigen geplanten Rückführungen an nicht angetroffenen Personen oder bürokratischen Hürden. Am Ende zahlen die Bürger für gecharterte Leerflüge, weil die zuständigen Stellen in der Landesregierung den bestehenden Rechtsrahmen nicht mit der nötigen Konsequenz anwenden.

Eine AfD-geführte Regierung beendet diese Steuergeldverschwendung und setzt bestehende Gesetze ohne Verzögerung durch. Wir schaffen veraltete Bleiberechtsregelungen ab, beseitigen organisatorische Abschiebehindernisse und stellen sicher, dass Ausreisepflichtige zügig sowie kosteneffizient zurückgeführt werden. Wer kein Aufenthaltsrecht besitzt, muss Deutschland

verlassen – geordnet, konsequent und ohne exorbitante Belastungen für unsere Steuerzahler.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1655041855991456&set=a.797289411766709



Wir wollen Clans auf dem Weg nach Hause sehen!
Plötzlich entdeckt die CDU die Härte gegen die organisierte Kriminalität und inszeniert sich lautstark als Schützer des Rechtsstaates. Wenn führende Unionspolitiker markige Sprüche gegen kriminelle Clan-Mitglieder klopfen, grenzt das an reine Heuchelei. Die Realität in deutschen Großstädten zeigt schließlich seit Jahren die fatale Wirkung dieser verfehlten Politik.

Es war die CDU, die das Problem der Clankriminalität über Jahre hinweg begünstigt und kriminellen Familienstrukturen in Deutschland überhaupt erst den Boden bereitet hat. Anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, flüchten sich Unionspolitiker in wirkungslose Symbolpolitik, während die Bürger unter der schwindenden inneren Sicherheit leiden. Wer die Entstehung von Parallelgesellschaften jahrzehntelang zugelassen hat, ist als Problemlöser ungeeignet.

Wir wollen kriminelle Clans nicht "am Boden liegend", sondern in der Luft sehen: abgeschoben und auf dem direkten Heimweg. Eine AfD-Regierung beendet dieses staatliche Vollzugsdefizit, zieht kriminell erworbenes Vermögen konsequent ein und sorgt für die spürbare Entlastung unserer Sicherheitsbehörden. Echte Konsequenzen für ausländische Straftäter setzt nur die AfD durch.
https://www.facebook.com/photo?fbid=1654386966056945&set=a.797289411766709

AfD-Fraktion eröffnet neues TV-Studio



Berlin, 4. November 2026. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat heute ihr neues TV-Studio eröffnet. Dazu erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer Götz Frömming:

„Mit diesem TV-Studio eröffnen wir uns ganz neue technische Möglichkeiten, um über die Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion professionell und unabhängig zu informieren. Leider sind unsere Abgeordneten im Vergleich zur Größe unserer Fraktion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk immer noch stark unterrepräsentiert. Deshalb haben wir durch den konsequenten Ausbau unserer Social-Media-Kanäle und ein eigenes TV-Studio uns eigene Möglichkeiten geschaffen, die Bürger direkt zu erreichen."

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion und verantwortlicher Finanzvorstand, Enrico Komning, ergänzt:

„Wenn parlamentarische Entscheidungen kaum erklärt werden, wächst die Politikverdrossenheit. Mit dem Studio können unsere Abgeordneten direkt vermitteln, worüber der Bundestag berät, welche Anträge wir einbringen und warum wir so abstimmen, wie wir es tun. Für mich als

Finanzvorstand ist das nicht nur ein sinnvoller Einsatz von Fraktionsmitteln, es ist geradezu geboten in Zeiten, in denen die Regierung dieses Land in ungeahnte Abgründe führt. Die Bürger sollen nachvollziehen können, was wir als AfD-Fraktion im Parlament tun und welche Gründe wir dafür haben."
https://afdbundestag.de/afd-fraktion-eroeffnet-neues-tv-studio/

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Wegen Zusammenarbeit mit der Linken: CDU-Schatzmeister wirft hin
https://jungefreiheit.de/deutschland/wegen-zusammenarbeit-mit-der-linken-cdu-schatzmeister-wirft-hin.html

Immer mehr CDU-Abgeordnete gegen Brandmauer – jetzt auch Schulze
https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/immer-mehr-cdu-abgeordnete-gegen-brandmauer-jetzt-auch-schulze/

Linke beschließt Kandidatur von Eva von Angern
https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/eva-von-angern-linke-kandidatur-bestaetigt,ministerpraesident-wahl-108.html

Merz erwartet von Aigner „Härte", um einen AfD-Kanzler zu verhindern
https://jungefreiheit.de/deutschland/merz-erwartet-von-aigner-haerte-um-einen-afd-kanzler-zu-verhindern.html

„Die machen das immer noch?" – Greta Thunberg lacht über deutsche Klima-Proteste
https://www.welt.de/vermischtes/article6af5803cd2f851d14ad004b6/greta-thunberg-lacht-ueber-deutsche-klima-proteste-die-machen-das-immer-noch.html
Video dazu: https://www.facebook.com/reel/1819304572446723

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV
https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos

Wochenendpodcast der AfD
https://afdkompakt.de/podcast/

AfD im EU-Parlament
https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos

Unabhängige Medien

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen
https://auf1.tv/

Radio Klartext
https://www.youtube.com/@radioklartext

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft
https://kontrafunk.radio/de/

NIUS – Die Stimme der Mehrheit
https://nius.de/

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung
https://ostdeutscheallgemeine.com/

Deutschland-Kurier
https://deutschlandkurier.de/

Apollo News
https://apollo-news.net/

{ungeskriptet} by Ben
https://www.youtube.com/@ben_ungeskriptet

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen
www.afdbautzen.de/
www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB
www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL
www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL
www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL
www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53
www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz
instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen
www.facebook.com/AfDstadtbautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda
www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz
www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde
www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda
www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz
www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg
www.facebook.com/groups/465255757689215/

Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

***

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de

Alternative für Deutschland
AfD-Kreisverband Bautzen